

An

Herrn Oberbürgermeister Mike Josef,
Frau Stadträtin Elke Voitl

Frankfurt am Main, 14. April 2025

Vorschlag für einen Standort zur Suchthilfe außerhalb des Bahnhofsviertels

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Josef,
sehr geehrte Frau Voitl,

das Frankfurter Bahnhofsviertel steht seit langem unter massivem Druck: Offener Drogenkonsum, Kriminalität, Verwahrlosung und soziale Überforderung haben das Quartier in einen besorgniserregenden Zustand versetzt – eine Situation, die weder für Anwohnerinnen und Anwohner noch für die rund 25.000 MitarbeiterInnen der hier ansässigen Unternehmen oder für die Gäste der Stadt länger tragbar ist. Besonders die wachsende offene Drogenszene erfordert endlich wirksame Lösungen – zum Schutz der Betroffenen und des öffentlichen Raums.

Zugleich erfüllt das Bahnhofsviertel eine zentrale Rolle als Eingangstor zur Stadt Frankfurt - eine Funktion, der es angesichts der geschilderten Zustände nicht gerecht werden kann. Der Hauptbahnhof ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt mit wachsender strategischer Bedeutung. Die Stadt Frankfurt muss Menschen, die über dieses Tor in unsere Stadt kommen, willkommen heißen – und nicht abschrecken.

Deshalb muss sich das Viertel wieder zu einem innovativen, sicheren und lebenswerten urbanen Raum entwickeln – geprägt von einer Balance zwischen allen Akteuren im Stadtteil. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine der wichtigsten Maßnahmen die deutliche Zurückdrängung der sichtbaren Drogenproblematik. Das bedeutet auch: Einrichtungen zur Suchthilfe müssen im Viertel perspektivisch reduziert und nicht weiter ausgebaut werden.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, eine hochwertige und vielseitige Einrichtung zwar in der Nähe, aber nicht im Quartier selbst zu errichten.

Eine Entscheidung zugunsten eines neuen Standortes innerhalb des Bahnhofsviertels ohne eine gründliche Prüfung realistischer Alternativen halten wir für äußerst fahrlässig.

Wir möchten Ihnen erneut ein Gelände außerhalb des Bahnhofsviertels vorschlagen, das sich hervorragend für ein innovatives und skalierbares Modellprojekt zur Suchthilfe eignet. Der von uns favorisierte Standort in der Mannheimer Straße 119 bietet dabei den Vorteil, mit überschaubarem Aufwand zeitnah nutzbar gemacht werden zu können.

Wir fordern daher, auch im Namen der über 100 Frankfurter Persönlichkeiten, die diesen Brief mittragen, dass eine endgültige Standortentscheidung erst dann getroffen wird, wenn Alternativen in ausreichender Tiefe bewertet wurden. Der Standort in der Niddastrasse ist bereits heute ein bekannter Brennpunkt des Drogenhandels – eine zusätzliche Einrichtung dort würde die Situation verschärfen, ohne anderen Teilen des Viertels die versprochene spürbare Entlastung zu bringen.

Die Drogenpolitik im Bahnhofsviertel braucht eine mutige, ganzheitliche Neuausrichtung. Es geht nicht nur um ein Quartier, sondern um die Glaubwürdigkeit, die Zukunfts-fähigkeit und Attraktivität der gesamten Stadt Frankfurt. Nur mit einem klaren Kurswechsel kann die Stadt ihrer Verantwortung gerecht werden – gegenüber suchtkranken Menschen, gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern und gegenüber ihrer Rolle als internationale Finanzmetropole.

Als nächsten Schritt schlagen wir einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Stadtplanung, Suchthilfe, Polizei, Unternehmen und Zivilgesellschaft vor. Ziel ist ein offener und ergebnisorientierter Dialog, um die beste Lösung für das Bahnhofsviertel nachhaltig und zukunftssicher zu finden.

Wir stehen im Namen aller Unterzeichner für Gespräche jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gunnar Berendson und Ralph Haerth
im Namen der Eigentümerinitiative Bahnhofsviertel und der Frankfurt Hotel Alliance.